

Gegen die Kapitulation von ver.di: Aufbau einer kämpferischen und oppositionellen Bewegung im Amperklinikum

Seit über einem Jahr kämpfen die KollegInnen der Amperklinik in Dachau und Markt Indersdorf für bessere Arbeitsbedingungen - es fehlt an Personal. Deswegen hatte ver.di den Helioskonzern, zu deren Unternehmen Amper gehört, aufgefordert neben einer Gehaltserhöhung, einer neuen Eingruppierungsordnung auch über einen Entlastungstarifvertrag zu verhandeln. Letzterer war als Schwerpunkt festgesetzt worden. Der Konzern verweigerte jegliche Diskussion zum Thema Entlastung. Die Belegschaft bekräftigte mit zwei Warnstreiks ihre Entschlossenheit, sich für die Festlegung einer Mindestpersonalausstattung einzusetzen.

Zum Hintergrund

Die Auseinandersetzung mit der ver.di-Haustarifkommission (ver.di-HausTK) und dem zuständigen Gewerkschaftssekretär begann, nachdem die organisierten KollegInnen zu 97 % für einen Streik zur Durchsetzung eines Entlastungstarifvertrags votierten! Die Helioskonzernleitung war entschlossen in eine harte Auseinandersetzung mit der Gewerkschaft und Belegschaft zu gehen und ließ den geplanten dreitägigen Streik vor dem Arbeitsgericht München verbieten. Darauf war der Gewerkschaftsapparat ungenügend vorbereitet und wich der Konfrontation aus.

Die ver.di-HausTK verhandelte ein paar Tage nach dem Verbot mit der Konzernleitung. Auf dem darauf folgenden Treffen der Bürger*innen-Initiative „Bessere Pflege Amper“ (BI) erklärte der Gewerkschaftssekretär, ver.di hätte ein überraschend gutes Angebot erhalten. Auskunft könne er darüber bis Mitte Dezember aber keine geben, ansonsten würde es die Konzernführung wieder zurückziehen. Diese Geheimhaltungspolitik wurde von den KollegInnen, PatientInnen und TeilnehmerInnen, u.a. auch von der Münchner Gewerkschaftslinken, scharf kritisiert.

Mitte Dezember wurde das Angebot auf einer Betriebsversammlung bekanntgegeben: der Helioskonzern würde die Aufnahme in den Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) beantragen und den TVöD-K (Spartentarifvertrag des öffentlichen Dienstes für Krankenhäuser) übernehmen. Ver.di verkaufte dies als historischen Erfolg!

Kapitulation statt „Erfolg“

Dies, ohne klare Zusage, wann der Aufnahmearbeit aufgestellt wird, aber vor allem steht zur Entlastung im Tarifvertrag so gut wie nichts!

Der Streik für mehr Personal wurde von ver.di ausgesetzt, die Mitglieder wurden über Wochen im Unklaren gelassen. Ver.di zog damit gegenüber der streikbereiten Belegschaft das gerichtliche Streikverbot nach. Daraufhin kam es zu mehreren heftigen Auseinandersetzungen zwischen ver.di und der Belegschaft und vor allem mit den KollegInnen aus der unabhängigen Betriebsgruppe (UBG), die dem sozialpartnerschaftlichen Kurs oppositionell gegenüberstehen und die am konsequentesten für die Durchsetzung des EntlastungsTV gekämpft hatten.

Erst im Februar 2018 verkündete die HausTK in einer Tarifinformation, dass es keinen Streik mehr gäbe. Begründet wurde dies mit dem Verbot des KAV gegenüber seinen Mitgliedern, Verhandlungen über einen EntlastungsTV führen zu dürfen. Deswegen wäre es auch nicht mehr nötig wegen des Streikverbots vor das Arbeitsgericht zu ziehen. In Wirklichkeit stellt dies nichts anderes als eine Kapitulation vor dem Helioskonzern und dem Streikverbot dar. Ver.di akzeptiert damit den Angriff auf das Grundrecht der Koalitionsfreiheit.

Stattdessen soll jetzt der BR, der zu keinen Arbeitskämpfmaßnahmen aufrufen darf, Verhandlungen über eine Betriebsvereinbarung (BV) zur Entlastung führen. Damit gibt ver.di die einzig schlagkräftige Waffe, die sie gegen einen solch harten Gegner hat - den Durchsetzungstreik - freiwillig aus der Hand!

Von bundesweiter ver.di-Kampagne zur Entlastung und mehr Personal...

Die Entlastungskampagne begann 2015 auf Initiative der ver.di Betriebsgruppe an der Berliner Charité. Die Belegschaft konnte zwar zum ersten Mal eine Regelung zur Mindestbesetzung durchsetzen, diese konnte jedoch nicht in allen Stationen umgesetzt werden.

Durch diesen Teilerfolg und den immer katastrophaleren Zustand der Pflege und der Personalsituation, initiierte ver.di eine bundesweite Kampagne zur Entlastung und für mehr Personal. Korrekterweise war sie auf einer betrieblichen, gewerkschaftlichen und politischen Ebene angelegt:



Erster Streik am 19.09.2017 der KollegInnen des Amperklinikums Dachau

Aber anstatt die Kampfkraft der gesamten Belegschaften aller Kliniken in die Waagschale zu werfen und zu bundesweiten Vollstreiks aufzurufen, wurden ausgewählte Kliniken zur Aufnahme von Verhandlungen über einen Tarifvertrag aufgefordert. Weitere 100 Kliniken sollten dies mit Aktionen unterhalb von Warnstreiks unterstützen.

Letzten Endes lief das ver.di-Konzept darauf hinaus, dass jede Belegschaft auf sich allein gestellt mit ihrer Geschäftsführung um Entlastung „streiten“ sollte. Damit war dieses Konzept von vornherein zum Scheitern verurteilt und widerspricht jeglicher gewerkschaftlichen Erfahrung wie erfolgreich gekämpft werden kann.

Auf der anderen Seite beinhaltete die Kampagne korrekterweise auch die Aufforderung an den „Gesetzgeber“, eine verbindliche gesetzliche Personalvorgabe, die für alle Krankenhausbereiche gelten und die sich am konkreten Pflegebedarf orientieren sollte und eine ausreichende Finanzausstattung zu verabschieden. Denn eine ausreichende Personalausstattung - laut ver.di fehlen insgesamt 162.000 Stellen in Krankenhäusern, davon 70.000 in der Pflege - ist nicht auf rein gewerkschaftlicher Ebene durchzusetzen, sondern letzten Endes nur über eine klare gesetzliche Regelung.

Aber anstatt dafür eine Kampagne zu initiieren und vor allem branchenübergreifende politische Streiks zu organisieren, setzte ver.di auf Versprechen von Politikern, sich in den Koalitionsverhandlungen für gesetzliche Regelungen zur Verbesserung der Situation einzusetzen. Darüber hinaus hätte die Kampagne auch die Forderung und den Kampf beinhalten müssen, privatisierte Krankenhäuser zu enteignen und zu rekommunalisieren, um sie wieder unter öffentliche Kontrolle zu bekommen.

An einigen Kliniken gab es tatsächlich auch erste Teilerfolge – wie an der Uniklinik Gießen Marburg: Hier konnten durch einen dreitägigen Erzwingungsstreik 100 neue – von 800 notwendigen - Stellen durchgesetzt werden. Dies ist zu begrüßen, aber das Vorgehen von ver.di zeigt, dass es den Gewerkschaftsverantwortlichen - insbesondere dem Bundesvorstand - nicht um einen ernsthaften Kampf für die Durchsetzung der Forderungen ging, sondern lediglich um sozialverträgliche Lösungen, die den Geschäftsführungen nicht zu sehr weh tun.

...zu den Auseinandersetzungen an dem Amperklinikum in Dachau!

Vor diesem Hintergrund ist auch zu erklären, warum die Gewerkschaftsverantwortlichen an der Amperklinik diesen Weg eingeschlagen sind und sich Kritikern gegenüber unversöhnlich geben. Diese könnten ja ihren faulen Kompromiss mit der Konzernleitung tatsächlich in Frage stellen. So wurde die UBG, nachdem sie eine Unterschriftensammlung, die von 100 KollegInnen unterstützt wurde, initiiert hatte, vom ver.di-Landesfachbereichsleiter Bayern diffamiert. In dieser Unterschriftensammlung wurde auf die dringend notwendige Entlastung hingewiesen. Ver.di wurde scharf dafür kritisiert, dass sie mit der Absage des Durchsetzungsstreiks für einen Entlastungstarifvertrag das Votum der Beschäftigten missachtet hätte. In der Antwort des Landesfachbereichsleiters wurde dies als ein „nicht hilfreicher Profilierungsversuch verschiedener Akteure“ diffamiert. Weiter heißt es: „So habe sich die ver.di Betriebsgruppe“ (die in der Vergangenheit nie gegenüber der Belegschaft offiziell aufgetreten ist), „zum Ziel gesetzt, zentrale tarifliche Forderungen über den Weg der betrieblichen Mitbestimmung (=BR, Anm. der Verf.) durchzusetzen. ...“ So sanktioniert ver.di ihren Kniefall vor der Konzernleitung!

Es ist kein Zufall, dass dies kurz vor der Betriebsratswahl stattfand, an der sich auch KollegInnen aus der UBG mit

einer eigenen Liste beteiligten und ver.di ernsthaft befürchten musste, im BR Konkurrenz zu bekommen. Ver.di hat ihren Denkkzettel erhalten: ihre Liste landete an drittletzter Stelle, dafür wurde die UBG-Liste zweitstärkste Kraft.

Wie weiter im Kampf um Entlastung?

Viele KollegInnen werden aus der Gewerkschaft austreten, das ist verständlich, wird aber die Hinhaltenaktik der ver.di-Verantwortlichen nicht erfolgreich überwinden können und den Gewerkschaftsapparat nicht beeindrucken. Um sich gegen das ständige Zurückweichen des Apparates zur Wehr zu setzen, müssen sich die KollegInnen sowohl weiter in ver.di als auch politisch organisieren mit dem Ziel, die Verhandlungsführung von BR und ver.di-TK zu kontrollieren. Folgende Schritte wären dafür nötig:

➤ Die ver.di-HausTK und der BR müssen aufgefordert werden, alle Forderungen, alle Verhandlungsschritte bzgl. eines ÜberleitungsTVs und einer BV zur Entlastung offenzulegen.

➤ Alle Forderungen und die Strategie zur Durchsetzung der Forderungen müssen auf Betriebs-/Abteilungs- und ver.di-Mitgliederversammlungen diskutiert und entschieden werden.

➤ Die HausTK und Verhandlungskommission müssen von den Mitgliedern gewählt werden, abwählbar sein – dies gilt vor allem für die HausTK-Mitglieder, die offen den Willen der Belegschaft missachtet haben - und ihnen jederzeit rechenschaftspflichtig sein.

➤ Die neugewählten KollegInnen aus der UBG und andere, die sich weiterhin für mehr Entlastung engagieren wollen, sollten sich im BR dafür einsetzen, dass dieser seine gesetzlichen Möglichkeiten nutzt: Z.B. die konsequente Ablehnung von Dienstplänen, die gegen gesetzliche Bestimmungen verstoßen mit dem Ziel eine BV durchzusetzen, die konkret festschreibt wie viel examiniertes Pflegepersonal pro Schicht und Station zur Verfügung stehen muss – wie z.B. an der Helios Ostseeklinik Damp. Aktionen, die die Belegschaft immer wieder mit einbezieht wie die Verweigerung des Einspringens aus der Freizeit, müssen von der BR-Mehrheit gefordert werden. Wenn sich die Mehrheit dagegen sperrt, muss dies öffentlich gemacht werden.

So kann ein politischer Pol in der ver.di-HausTK gebildet werden, der zum einen klar macht, dass es für mehr Personal und Entlastung einen unversöhnlichen Kampf gegen das Management braucht und der zum anderen für eine Kontrolle des Streikablaufs kämpft.

Der Kampf für bessere Pflege erfordert aber auch, dass sich die KollegInnen, die keinen sozialpartnerschaftlichen Kuschkurs wollen, oppositionell organisieren und um die UBG sammeln, um so zu einem Faktor im Betrieb und in der Gewerkschaft anzuwachsen.

Auch der Landtagswahlkampf in Bayern sollte für diese Kampagne genutzt werden: die KandidatInnen der SPD und von DIE LINKE sollten mit den Forderungen der KollegInnen und darüber hinausgehende konfrontiert werden: Ausreichende Finanzierung von bundesweit 162.000 Stellen im Krankenhaus, für eine einklagbare gesetzliche Personalbemessung in den Abteilungen, die dem tatsächlichen Bedarf entspricht, für die Abschaffung der Fallpauschalen (DRGs), die erst die Privatisierung der Krankenhäuser lukrativ gemacht haben, für die Enteignung und Rekommunalisierung bereits privatisierter Krankenhäuser.

Münchener Gewerkschaftslinker

Impressum: Sekretariat

Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinker

Klaus Peter Löwen, Christa Hourani, Christiaan Boissevain

E-Mail: forum@gegewi.de

Redaktionsschluss: 4. Mai 2018